



## **Positionspapier zur GAP-Reform 2013**

**15. April 2011**

Im November 2010 hat EU-Agrarkommissar Ciolos erste Eckpunkte für die Gemeinsame europäische Agrarpolitik (GAP) nach 2013 vorgelegt. In den kommenden Monaten werden die Entscheidungen für den Zeitraum von 2014 bis 2020 fallen. Der Bundesausschuss Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz der CDU setzt sich für eine organische Weiterentwicklung der EU-Agrarpolitik ein, die den zukünftigen Herausforderungen gerecht wird. Unser Ziel ist es, die bäuerlich-unternehmerische, lokal verwurzelte Landwirtschaft in Deutschland und Europa in ihrer Vielfalt zu erhalten, ihre Leistungen für die Gesellschaft zu sichern und sie noch wettbewerbsfähiger und umweltfreundlicher zu machen.

### **1. Die Landwirtschaft braucht eine verlässliche Finanzierung.**

Die Aufgaben der europäischen Landwirtschaft nehmen in den nächsten Jahren weiter zu. Sie ist in immer mehr gesellschaftlich relevanten Bereichen gefordert.

- Ernährungssicherheit ist auch im 21. Jahrhundert ein sehr hohes Gut. Europas Bürger sollen weiterhin ein vielfältiges und qualitativ hochwertiges Angebot an Lebensmitteln zu bezahlbaren Preisen für alle sozialen Schichten haben.
- Am Gunststandort Europa wird von der Landwirtschaft zu Recht auch ein substanzieller Beitrag zur Ernährung der wachsenden Weltbevölkerung erwartet.
- Mit dem Umstieg in das Zeitalter der Erneuerbaren Energien muss die Landwirtschaft zusätzlich steigende Mengen an Bioenergie und nachwachsenden Rohstoffen erzeugen.
- Es ist unabdingbar, dass die Landwirtschaft klima- und umweltfreundlich produziert, unsere vielgestaltigen und schönen Landschaften in Europa pflegt und erhält und somit einen Beitrag zur gesellschaftlichen Akzeptanz leistet.
- Eine starke Landwirtschaft, die in die gesamte Wertschöpfungskette eingebunden ist, bleibt die Basis für stabile ländliche Räume.

Die Landwirtschaft kann diese Leistungen nicht zum Nulltarif erbringen. Über die Märkte werden sie nach wie vor nicht vollständig abgegolten. Deshalb muss der Agrarhaushalt der EU mindestens auf dem heutigen Niveau gehalten werden. Die Aufgaben sind zu wichtig, als dass er reduziert werden dürfte.

Die Mittel der EU-Agrarpolitik sollen der Landwirtschaft zugute kommen und nicht renditeorientierten Kapitalanlegern, Fonds- und Aktiengesellschaften zufließen. Wir sehen es in erster Linie als Aufgabe der nationalen Rechtssetzung an, Entwicklungen in diese Richtung zu verhindern. Dazu wollen wir die nationalen Regelungen, wie z. B. das Grundstückverkehrsgesetz und das Landwirtschaftsgesetz, überprüfen.

## **2. Die Verteilung der Mittel für die EU-Agrarpolitik muss ausgewogen erfolgen.**

Die neuen Mitgliedstaaten haben berechnete Erwartungen hinsichtlich der Angleichung der Mittelhöhe. Über die Verteilung der Mittel der GAP zwischen den Mitgliedstaaten kann aber erst im Kontext des zukünftigen EU-Budgets entschieden werden.

Bei der Entscheidung müssen

- die Zahlungen der ersten und zweiten Säule zusammen betrachtet werden,
- die Kaufkraft-, Kosten- und Lohnunterschiede in Europa beachtet und
- die deutschen Nettozahlerinteressen anerkannt werden.

## **3. Der Erhalt einer klaren Zwei-Säulen-Struktur der GAP ist sachgerecht.**

Die Zwei-Säulen-Struktur der GAP hat sich bewährt. Die Direktzahlungen der ersten Säule dienen der Einkommenssicherung der Landwirtschaft und der Abgeltung der erhöhten Produktionsstandards in Europa. In der zweiten Säule werden spezifische Leistungen zur Umwelt- und Landschaftspflege, zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe und zur Stärkung des ländlichen Raums erbracht.

In der Agrarpolitik nach 2013 brauchen beide Säulen einen klaren Auftrag, eine klare Abgrenzung und von vorneherein ein ausreichendes Budget. Von der Höhe des Agrar-etats wird der Rahmen für die Verteilung sowie für mögliche zusätzliche Leistungen abhängen.

In der ersten Säule sind einkommenswirksame Direktzahlungen unverzichtbar. Auch nach 2013 sind sie vollständig aus dem EU-Haushalt zu finanzieren. Wir fordern, dass sie in Zukunft in den Mitgliedstaaten stärker nach einheitlichen Prinzipien erbracht werden. Marktorientierung und Entkoppelung der Agrarstützung von der Produktion müssen europaweit durchgesetzt werden. Mit der neuen Agrarpolitik sollte die Zeit der an eine bestimmte Erzeugung gekoppelten Zahlungen zu Ende sein.

Durch eine konsequente Entkoppelung mit dem Übergang zur Flächenprämie, wie sie Deutschland bereits vollzogen hat, werden die extensiven Regionen, vor allem die Grünlandgebiete, gestärkt.

In der zweiten Säule (ländliche Entwicklungspolitik) muss der Schwerpunkt auf der Verbesserung des Umwelt- und Klimaschutzes sowie der Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der landwirtschaftlichen Betriebe und des ländlichen Raumes liegen. In Zukunft gilt es noch stärker darauf zu achten, dass die Maßnahmen Agrarbezug haben und klar von der allgemeinen Regionalförderung zur Stärkung des ländlichen Raums abgegrenzt werden. Allerdings ist ebenso wichtig, Agrar- und Regionalförderung besser aufeinander abzustimmen.

Damit die Programme der zweiten Säule optimal genutzt und die neuen Herausforderungen im Klima- und Umweltschutz erfüllt werden, sprechen wir uns für unterschiedlich hohe Kofinanzierungssätze aus. Bei Klimaschutz- und Agrarumweltmaßnahmen ist ein deutlich geringerer Kofinanzierungssatz angezeigt als bei den Maßnahmen zum ländlichen Raum. Es ist die Möglichkeit anzustreben, dass der Kofinanzierungsanteil auch durch private Mittel erbracht werden kann.

Auch der Ausgleich natürlicher Benachteiligungen gehört in die zweite Säule. Die Förderung der benachteiligten Gebiete soll weiterhin allein aus der zweiten Säule finanziert werden. Dabei ist uns wichtig, dass die sachgerechte Abgrenzung der benachteiligten Gebiete erhalten bleibt.

#### **4. Das Greening ist Aufgabe der zweiten Säule und praxisgerecht und unbürokratisch zu gestalten.**

Das sogenannte Greening (Einbeziehung von speziellen umweltbezogenen Maßnahmen für eine stärkere ökologische Ausrichtung) der Agrarpolitik ist eine Aufgabe für die zweite Säule. Ein Greening in der ersten Säule lehnen wir ab. Cross-Compliance (Bindung der Direktzahlungen an hohe europäische Standards im Tier-, Natur-Umwelt- und Verbraucherschutz) stellt dort bereits die Einhaltung von Umweltvorschriften sicher.

Die Greening-Maßnahmen müssen so gestaltet werden, dass sie einen tatsächlichen Nutzen für die Umwelt erbringen und zudem unbürokratisch sind. Die CDU-Philosophie des Vertragsnaturschutzes muss zur Geltung kommen. Wichtig ist uns ein standortangepasstes Greening. Bei der Auswahl der Greening-Maßnahmen sind die Ziele der effizienten und gleichzeitig umwelt- und klimafreundlichen Produktion von Nahrungsmitteln und erneuerbaren Energien zu berücksichtigen. Die Landwirte müssen die Möglichkeit erhalten, unter verschiedenen Maßnahmen diejenigen auszusuchen, die am besten zu ihrem Standort und Betrieb passen.

#### **5. Die EU-Landwirtschaft braucht ein gutes Sicherheitsnetz.**

Die Agrarmärkte sind bereits in den letzten Jahren immer schwankender geworden. Für krisenhafte Marktstörungen braucht die Landwirtschaft in Europa deshalb ein tragfähiges Sicherheitsnetz. Eine Dauerintervention lehnen wir allerdings ab.

Geeignete Instrumente für das Sicherheitsnetz sind in erster Linie die schon bestehenden Marktstützungssysteme, wie zum Beispiel die private Lagehaltung. Ebenso gilt es, bei sensiblen Produkten einen WTO-konformen Außenschutz zu erhalten.

Zudem wollen wir die Möglichkeiten und Fähigkeiten der Land- und Agrarwirtschaft zum privaten Risikomanagement ausbauen. Dafür bedarf es eines funktionierenden Warenterminmarktes mit klaren Regeln. Die Einführung von Ertragsschadensversicherungen in der EU-Agrarpolitik lehnen wir dagegen ab.

## **6. Die EU-Agrarpolitik muss einfacher und unbürokratischer werden.**

Unser Ziel ist es, mit der EU-Agrarreform auch den Kontrollaufwand für Landwirte und Verwaltung zu reduzieren bei gleichzeitig hoher Effizienz der Kontrollen. Wesentlich ist dafür, dass der Kontrollumfang nach dem Risiko bemessen wird. Kontrollaufwand und Nutzen müssen in Einklang gebracht werden, moderne Techniken stärker zum Einsatz kommen.